

Thesepapiere zum Jugendlandtag

Kernaussagen und Kernforderungen der Arbeitsgruppen des Jugendlandtages 2010

Lebhafte Diskussionen beim Jugendlandtag – unter dem Motto „Sagt, was Sache ist!“ sprachen 140 junge Baden-Württemberger über das, was sie bewegt. In neun Arbeitsgruppen sammelten die 15- bis 17-Jährigen Aussagen und Forderungen an die Politik. Anschließend wurden die Ergebnisse im Plenarsaal des Landtages den anderen Teilnehmern und anwesenden Politikern vorgestellt.



Die zentralen Aussagen und Forderungen der Arbeitsgruppen sind hier festgehalten. Alexander Krickl hat sie aus den Wandzeitungen und Powerpoint-Präsentationen der Gruppen sowie aus der Aufzeichnung des Livestreams, welcher während der abschließenden Runde im Plenarsaal im Internet übertragen wurde, zusammengestellt. Dadurch könnt ihr euch einen guten Überblick über die Arbeit der Gruppen verschaffen.

Mit folgenden Themen beschäftigten sich die Jung-Politiker:

1. AG Gesellschaft: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“
2. AG Region/Sport: „Jung und glücklich, wo du lebst?“
3. AG Ehrenamt: „Engagiert für mich oder andere?“
4. AG Schule: „Macht Schule von heute fit für morgen?“
5. AG politische Beteiligung: „Braucht Politik Beteiligung?“
6. AG Mobilität: „Wo komme ich hin, wenn ich weg will? Und wie?“
7. AG Stuttgart 21: „freier Thementisch“
8. AG Integration: „Mein Freund ist Ausländer... oder nicht?“
9. AG Umwelt: „Vor oder nach mir die Sintflut?“

1. AG Gesellschaft

„In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

Kernaussagen

- Die Gesellschaft soll ein stärkeres „Wir-Gefühl“ entwickeln
- Jeder muss sich seiner Verantwortung für andere bewusst sein
- Ohne Toleranz, Respekt, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit kann eine Gesellschaft nicht funktionieren

Forderungen

- PolitikerInnen sind Vorbilder der Gesellschaft. Sie sollen zu ihren Handlungen und Aussagen stehen und die Konsequenzen dafür tragen
- Jede politische Entscheidung muss unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet werden
- Schulen sollen „Aufklärung“ betreiben, d.h. die Schüler Demokratie, Politik und Verantwortungsbewusstsein lehren
- Bürger müssen in wichtige Entscheidungen eingebunden werden, bspw. durch Bürgerentscheide wie sie in der Schweiz stattfinden

2. AG Region/ Sport

„Jung und glücklich, dort wo du lebst?“

Kernaussagen

- Jugendliche benötigen mehr öffentliche Räume in denen sie sich aufhalten können
- Schulsport ist langweilig und erzielt keine Lernerfolge
- Im verbandlichen Sport liegt der Fokus zu stark auf dem Leistungssport

Forderungen

- Ausbau von Grillplätzen, Skateanlagen, etc., an denen sich Jugendliche auch abends treffen können
- Öffentliche Jugendveranstaltungen sollen länger als 22.00 Uhr gehen.
- Jugendräume sollen bis 20 zugänglich sein
- In allen größeren Städten sollen Bars& Discos speziell für minderjährige Jugendliche eingerichtet werden
- Freibäder und ähnliches sollen billiger werden
- Die Zeitweise Übertragbarkeit der Erziehungsverantwortung an ältere Jugendliche soll ermöglicht werden, um bspw. mit älteren Freunden ins Kino gehen zu können
- Weniger Zwang, mehr Wahlmöglichkeiten und mehr Kreativität im Schulsport.
- Finanzielle Förderung des Breitensports
- Förderung für jeden, der Sport machen will, es sich aber nicht leisten kann.
- Städtische Sportanlagen sollen nicht nur für Vereine freigegeben werden.
- Sportgeräte sollen bei Vereinen ausgeliehen werden können

3. AG Ehrenamt

Engagiert für mich oder andere?

Kernaussagen

- Ehrenamt muss stärker anerkannt werden
- Die Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren werden immer schwieriger.
- In manchen Schichten der Gesellschaft ist ehrenamtliches Engagement nicht mehr angesehen

Forderungen

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit für das Ehrenamt.
- Elternseminare und Kinderbetreuung sollen kostenlos angeboten werden, um die Möglichkeit zum ehrenamtlichen Engagement zu verbessern
- Einführung von Ehrenamtstagen, an denen SchülerInnen für einen Tag in Firmen arbeiten und ihre Löhne caritativen Zwecken spenden
- Reform der Hauptschulen, um deren Ansehen in der Gesellschaft zu steigern und ihre SchülerInnen wieder für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen
- Mehrwöchige Sozialpraktika an allen Schulen (ähnlich denen an Waldorfschulen).

4. AG Schule

„Macht Schule von heute fit für morgen?“

Kernaussagen

- Das Bildungssystem in Baden-Württemberg tendiert immer mehr zu einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“
- Privatschulen werden besser gefördert, als öffentliche Schulen
- Die Landesregierung muss mehr Wert auf Bildung legen
- GymnasiallehrerInnen kommen mit dem ständigen Springen zwischen G8- und G9-Klassen schlecht zurecht
- G8 ist schlecht vorbereitet
- Durch G8 fehlt den SchülerInnen die nötige Freizeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren und ihre Persönlichkeit zu entwickeln

Forderungen

- Mehr Personal an Schulen
- Bessere Betreuung und kleinere Klassen
- Individuellere Leistungsförderung
- G8 soll bereits ab der vierten Klasse vorbereitet werden
- Mehr Räume für selbstständiges Arbeiten
- Bildung muss unabhängig vom finanziellen Status der Eltern gemacht werden

5. AG politische Beteiligung

„Braucht Politik Beteiligung?“

Kernaussagen:

- Die Jugend wird von der Politik nicht ausreichend ernst genommen
- Jugend braucht mehr Mitspracherechte
- Die Politik ist nicht bereit, sich auf die Ideen der Jugendlichen einzulassen
- PolitikerInnen sollen über Legislaturperioden hinaus denken
- Politisches Engagement soll mehr Wertschätzung erfahren
- Schule soll mehr über Demokratie aufklären
- Es bestehen zu wenige Möglichkeiten, sich außerparteilich politisch zu engagieren

Forderungen:

- Schule soll ab der ersten Klasse demokratischer werden (Einbindung der Schüler in Entscheidungen)
- Parteien sollen ihre Jugendorganisationen mehr einbinden
- Der Jugendlandtag soll zu einer dauerhaften Einrichtung werden, ähnlich den Jugendgemeinderäten
- Die Jugendgemeinderäte sollen mehr Rechte erhalten
- Gemeinschaftskunde soll ab Klasse sechs unterrichtet werden
- Politik soll in alle Schulfächer eingebunden werden, bspw. durch Analyse von Landtagsdebatten im Deutschunterricht
- An den Schulen sollen Podiumsdiskussionen verpflichtend eingeführt werden. Bei diesen sollen MdL zu politischen Themen Stellung nehmen.
- Schulen sollen über die Möglichkeiten zum politischen Engagement vor Ort aufklären
- Öffentlich-rechtliche Medien sollen jugendgerechter werden
- Einrichtung eines dauerhaften Chats zwischen MdLs & Jugendlichen, wie es ihn schon in anderen Bundesländern gibt

6. AG Mobilität

„Wo komme ich hin, wenn ich weg will? Und wie?“

Forderungen

- Alkohol soll im ÖPNV generell verboten werden
- Jugendliche sollen bis 18 Jahre Kinderpreise bezahlen
- Schülerferientickets soll es in allen größeren Ferien (Ostern, Weihnachten) geben
- Verbundsysteme müssen sich zu größeren und übersichtlicheren Verbänden zusammenschließen
- In Zügen und an Bahnhöfen soll mehr Personal zur Verfügung stehen
- Bahnpersonal muss eine gesonderte Sicherheitsausbildung erhalten
- Es sollen mehr Nachtverbindungen, vor allem im ländlichen Raum, eingerichtet werden
- Kürzere Ausschreibungsintervalle des Landes sollen die Konkurrenz unter den Bahnbetrieben beleben und so die Qualität erhöhen helfen

7. AG Stuttgart 21

„freier Thementisch“

Kernaussagen

- Das Projekt kann nicht mehr gestoppt werden, daher ist nur noch eine Verbesserung möglich
- Nicht alle Vorhaben, die Stuttgart 21 umfasst, müssen in dieser Form umgesetzt werden
- Stuttgart ist unsere Stadt – nicht die von Politikern oder Bahnfunktionären

Forderungen

- An Sicherheit darf nicht gespart werden:
 - Für die Bahnverbindung zum Flughafen darf keine Sondergenehmigung erteilt werden
 - Es dürfen keine Einsparungen auf Kosten der Wandstärke an Tunneln gemacht werden
 - Der Brandschutz muss konsequent beachtet werden – bei kleineren Bränden im Tunnelbahnhof darf es nicht zu Betriebsstörungen im gesamten S-Bahn-Netz kommen
- Die Qualität des ÖPNV muss während des gesamten Umbaus gesichert sein
- Der Regionalverkehr im Land muss weiter ausgebaut werden
- Die Jugend und die Stuttgarter Bevölkerung müssen in die Planung der freiwerdenden Flächen zentral mit einbezogen werden

8. AG Integration

„Mein Freund ist Ausländer... oder nicht?“

Kernaussagen

- Deutsch muss als Umgangssprache in der gesamten Gesellschaft anerkannt sein
- Integration ist ein Geben & Nehmen: MigrantInnen müssen sich in die heimische Gesellschaft aktiv einbringen, gleichzeitig muss jeder Mensch mit seiner Religion, Kultur, etc. respektiert werden!

Forderungen

- LehrerInnen sollen kompetente AnsprechpartnerInnen für MigrantInnen sein
- Ethik/ Humanismus soll für alle verpflichtend unterrichtet werden, um das Wissen um die verschiedenen Religionen, Sprachen, Kulturen, etc. einer breiten Schicht zu vermitteln
- Ausländerfeste und Kulturtage sollen ausgebaut werden
- Mehr SozialarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sollen eingestellt werden

9. AG Umwelt

„Vor oder nach mir die Sintflut?“

Kernaussagen

- Umweltschutz muss ein Hauptthema für alle Parteien sein
- Jeder muss ein Verantwortungsgefühl für die Umwelt entwickeln
- Klimaschutz braucht Vorbilder. Insbesondere die Abgeordneten des Landtags sind hier in der Pflicht

Forderungen

- AKWs& Kohlekraftwerke sollen so weit wie möglich beschränkt werden
- Das AKW Neckarwestheim muss abgeschaltet werden
- Für den Neubau von Kohlekraftwerken dürfen keine Genehmigungen erteilt werden
- Ökostrom muss attraktiver werden:
 - Die Politik muss eingreifen, um die Machtmonopole der Energiekonzerne zu brechen
 - Subventionen für Ökostrom dürfen nicht gestrichen werden
- Die Automobilindustrie soll strengere CO₂-Beschränkungen erfüllen
- Gleichzeitig soll die Politik die Entwicklung neuer Technologien im Automobilbereich fördern
- Der Flächenverbrauch soll minimiert werden: für jeden Neubau soll an anderer Stelle aufgeforstet werden
- Der ÖPNV soll stärker subventioniert werden
- MdL sollen verstärkt die Bahn anstelle ihrer Dienstlimousinen nutzen
- Die Inlandsflüge der MdL sollen reduziert werden
- An allen öffentlichen Einrichtungen soll Recyclingpapier eingeführt werden